

# MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 17. JANUAR 2022 PROTOKOLL

---



Ort: online  
Anwesend: 88 Mitglieder  
Sitzungsleitung: Simon Meyer und Selma L'Orange Seigo  
Protokoll: Benjamin Krähenmann

---

## 1. Begrüssung

Simon begrüsst die Anwesenden und bedankt sich für das grosse Engagement der Mitglieder.

## 2. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

## 3. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 28. Oktober 2021

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

## 4. Mitteilungen

- Partei & Vorstand (Selma L'Orange Seigo und Simon Meyer)

Das deutlich angenommene Energiegesetz vom 28.11.2021 ist ein riesiger Erfolg und eine Bestätigung für unsere Politik. Voraussichtlich werden wir am 15.05.2022 über den Klimaschutzartikel in der Verfassung abstimmen. Im September werden wir wahrscheinlich über die Kreislauf-Initiative der Jungen Grünen abstimmen. Es laufen momentan diverse Unterschriftensammlungen: für die Stop-F-35-Initiative, die Umweltverantwortungsinitiative, das Referendum gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer und das AHV-Referendum. Vielen Dank für euer grosses Engagement für die anstehenden Gemeindewahlen. Wir Grüne stellen nun in allen Parlamentsgemeinden eine Liste, in Opfikon wurde eine Ortspartei gegründet. Ausserdem treten mehr Kandidierende für Exekutivämter an.

Wir prüfen die Lancierung einer kantonalen Initiative. Allfällige Themenideen können bis am 17. März bei Simon Meyer eingereicht werden. Momentan sind vier Themenideen im Rennen: Bei dreien geht es um die Förderung lebendiger Quartiere sowie der Schaffung von mehr Siedlungsqualität und Grünräumen. Diese Forderungen gehen teilweise einher mit Forderungen nach mehr Kompetenzen für die Gemeinden, beispielsweise bezüglich der Gestaltung des Strassenraums. Eine weitere Initiative widmet sich dem Thema «sharing economy» und fordert, dass mehr Möglichkeiten für die gemeinsame Nutzung von Werkhöfen und anderen Infrastrukturen geschaffen werden.

- Nationalratsfraktion (Balthasar Glättli)

Die Dezembersession war erfolgreich, die Grünen stellen nun mit Irène Kälin für ein Jahr die Nationalratspräsidentin. Irène Kälin hat dafür gesorgt, dass dieses Jahr die Berichte des IPCC und des Biodiversitätsrates den Parlamentarier\*innen jeweils an einer offiziellen Veranstaltung von Wissenschaftler\*innen vorgestellt werden.

Bei der Altersvorsorge konnten wir nicht verhindern, dass die bürgerliche Mehrheit eine Sanierung der AHV auf dem Buckel der Frauen durchsetzen möchte. Dies können wir nicht akzeptieren und haben darum das Referendum ergriffen.

Die unbestrittenen Massnahmen des CO2-Gesetzes konnten wir mithilfe von Übergangslösungen verlängern. Wir wehren uns ausserdem dagegen, dass der Ständerat die neusten Gentechverfahren (CRISPR/Cas-Methode) vom Gentech Moratorium ausnehmen möchte.

Wir haben einen Vorstoss eingereicht, damit Städte und Kantone in einer Notsituation mehr Menschen aufnehmen können, das heisst die Flüchtlingskontingente erhöht werden können. Wenn Städte oder Kantone mehr Geflüchtete aufnehmen möchten, sollen sie das auch dürfen. Die Kompetenzen des Bundes sollen nicht beschnitten werden.

Die Initiative gegen Massentierhaltung und allfällige Gegenvorschläge wurden vom Parlament abgelehnt. Die Diskussion wurde medial jedoch positiv aufgegriffen. Falls ihr euch aktiv für die Kampagne engagieren möchtet, könnt ihr ein Zitat inkl. Foto an Meret Schneider schicken, damit ein Testimonial gestaltet wird. Auch für ein Engagement in den Regionalgruppen könnt ihr euch bei Meret ([meret.schneider@hotmail.com](mailto:meret.schneider@hotmail.com)) melden.

- Kantonsratsfraktion (Thomas Forrer)

Es herrscht Freude über die Annahme des Energiegesetzes, die Verordnung soll nun möglichst schnell in Kraft treten. Wir machen uns Gedanken, wie wir den Mehrstrom, der u.a. durch das Energiegesetz sowie die Elektromobilität entsteht, auffangen. Wir fordern den Ausbau grösserer Solaranlagen, z.B. auf Gewerbeflächen. Die Förderung der Elektromobilität betrachten wir kritisch, weil sie schlussendlich auch eine Förderung des motorisierten Individualverkehrs ist. ÖV, Velo- und Fussverkehr sind umweltfreundlicher als E-Autos und aus unserer Sicht darum weiterhin klar zu bevorzugen. Wir haben weitere Vorstösse zur Reduktion von Lichtemissionen und Stickstoffeinträgen eingereicht. Das heute im Kantonsrat behandelte Selbstbestimmungsgesetz ist wegweisend. Menschen mit Beeinträchtigung können künftig selber bestimmen, wie sie wohnen wollen oder was sie arbeiten möchten. Kurzum: Sie können selber über ihren Alltag bestimmen, dies ist eine deutliche Erhöhung der Selbstbestimmung. Wir können mit dem vorliegenden Selbstbestimmungsgesetz sehr zufrieden sein und hoffen, dass dieses Gesetz auch in den Rest der Schweiz ausstrahlt.

- Junge Grüne (Selina Walgis)

Für die Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich kandidierenden 13 Junge Grüne, teilweise auf Spitzenplätzen. Es ist sehr positiv, dass so viele Kreisparteien Spitzenplätze für Junge Grüne ermöglicht haben. Dominik Wasers Stadtratskandidatur wird auf allen Kanälen unterstützt. Wir posten einzelne Videos von allen Jungen Grünen, die kandidieren, und planen eine Aktion am 12. Februar, dem Vorabend des Wahltages.

Die Kreislaufinitiative, über die im Herbst abgestimmt wird, wird uns weiter beschäftigen. Bei der Unterschriftensammlung für die Umweltverantwortungsinitiative sind wir auf Kurs. An der MV vom 29.01.2022 stehen Neuwahlen der GL, des Präsidiums und des Vorstandes an. Auf dem Sekretariat ist neu Anousha verantwortlich, nicht mehr Gina.

## **5. Abstimmungsvorlagen vom 13. Februar 2022**

- Bundesgesetz über die Stempelabgaben (Katharina Prelicz-Huber)

Es gibt einen historischen Kompromiss, der zur Einführung der Stempelsteuer führte. Diese Steuer dient sozusagen als Mehrwertsteuer für den Finanzsektor. Die Bürgerlichen wenden nun eine Salami-Taktik an, mit dem Ziel, die Stempelsteuer vollständig abzuschaffen. Mit der Steuer wird 1% auf die Ausgabe von Aktien, Stammeinlagen und Genossenschaftsanteilen erhoben. Es gibt diverse Ausnahmen, zum Beispiel für Wohnbaugenossenschaften oder Start-ups.

Die bürgerliche Mehrheit hat in den letzten Jahrzehnten die Steuern schrittweise abgebaut. Die geplante Abschaffung der Stempelsteuer hat nun das Fass zum Überlaufen gebracht. Konkret profitieren würden ca. 60 Grossunternehmen und 2'150 KMU. Die restlichen 600'000 KMU haben gar keine Emissionsabgabe bezahlt. Diese Steuerausfälle von 250 Millionen jährlich bezahlen wir

alle. Das Geld fehlt für Projekte in den Bereichen Klimaschutz, Gesundheit oder Gleichstellung. Darum müssen wir das Bundesgesetz über die Stempelabgaben ablehnen.

- Mediengesetz (Marionna Schlatter)

Die Werbeeinnahmen der Schweizer Medien sinken immer mehr. Es gibt immer weniger Einnahmen, gleichzeitig möchte man weiterhin qualitativ hochwertige journalistische Inhalte liefern. Gemäss der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) nehmen die Medienvielfalt und die Qualität der Beiträge aber ab. Ohne Medien keine Demokratie – darum braucht es eine Medienförderung. Die Gestaltung einer solchen Förderung ist aber herausfordernd. Wieso sollten beispielsweise Printmedien noch gefördert werden, wenn die Zukunft digital ist? Wie wird die Unabhängigkeit der Medien gewährleistet? Ein weiteres Risiko besteht darin, dass eine Subventionierung für «Medienmillionäre» nicht erwünscht ist.

Mit dem vorliegenden Gesetz werden keine Gratismedien unterstützt. Ausserdem gibt es eine degressive Unterstützung, das heisst, dass kleine Verlage mehr Unterstützung erhalten als grosse. Das Paket ist auf 7 Jahre befristet, nach vier Jahren findet eine Evaluation statt. Für Online-Medien, wie z.B. die Republik, werden 30 Millionen Franken gesprochen. Aber auch Produkte, die sowohl digital als auch analog erscheinen, werden unterstützt.

Es gibt diverse Gründe für ein Ja zum Medienpaket: Die Unabhängigkeit der Schweizer Medien wird gestärkt. Kleine, regionale Medien werden stärker unterstützt und können ihre Existenz sichern. Ausserdem fördert das Medienpaket die Informationsversorgung in den Regionen und für die Regionen. Es wird ein knappes Ergebnis erwartet, daher ist es wichtig, dass wir Grüne uns engagieren.

## **6. Aktuelle Unterschriftensammlungen**

- Stop F-35 (Marionna Schlatter)

Das Referendum gegen die Beschaffung der Kampfjets wurde 2020 nur ganz knapp verloren, dank der guten Zusammenarbeit in der Allianz, bestehend aus Grünen, der SP und der GSoA. Der F-35 stand damals stark in der Kritik. Der einzige Weg, um diesen Jet noch zu verhindern, ist eine Volksinitiative. Die Initiative muss bis im März 2022, bis zur Armeebotschaft, eingereicht werden. Darum ist es äusserst wichtig, wenn ihr nun rasch Unterschriften sammelt, z.B. am Abstimmungs-/Wahltag vom 13. Februar. Marionna unterstützt euch gerne bei den Sammelaktionen.

- Nein zum AHV-Abbau (Katharina Prelicz-Huber)

Die Erhöhung des Rentenalters kostet die Frauen 1200 Franken pro Jahr, im Durchschnitt erhalten Frauen ein Drittel weniger Rente. Wir wehren uns gegen die Sanierung der AHV auf dem Buckel der Frauen. Bitte sammelt die Unterschriften für dieses wichtige Referendum möglichst rasch.

- Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen (Simon Meyer)

Die Bankinstitute müssen die Verrechnungssteuer von 35% auf Zinsen und Dividenden vorab abziehen. Sobald man die Gewinne aus Zinsen und Dividenden in der Steuererklärung angibt, erhält man diese 35% zurück. Diese Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen soll nun aufgehoben werden. Diese Aufhebung würde Steuerausfälle von 1 Milliarde Franken (einmalig) sowie 200 Millionen Franken jährlich nach sich ziehen. Die Höhe der Steuerausfälle durch Hinterziehung sind dabei nur schwer abschätzbar.

---

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21 Uhr